

Bundesregierung/IBM Andrang auf Open-Source- Rahmenvertrag

[25.6.2003] Die Bundesregierung und das Unternehmen IBM ziehen eine positive Jahresbilanz des Projekts "Open-Source-Software in der Verwaltung". 500 Behörden wollen dem Rahmenvertrag beitreten.

Das Vorhaben "Open-Source-Software für die Verwaltung" ist nach Einschätzung der Initiatoren sehr gut angelaufen. Ein Jahr nach Abschluss des Kooperationsabkommens zwischen dem Bundesinnenministerium und IBM zur Förderung von Open-Source-Software in der Verwaltung haben bereits über 500 Behörden aus Bund, Ländern und Gemeinden einen Antrag gestellt, dem Rahmenvertrag beizutreten. Diese positive Bilanz zog Bundesinnenminister Otto Schily anlässlich einer gemeinsamen Pressekonferenz in Berlin mit dem IBM-Aufsichtsratsvorsitzenden Erwin Staudt. Schily und Staudt würdigten die Vereinbarung von 2002 als "Meilenstein" und "großen Erfolg" auf dem Weg zu einer vielfältigen und offenen Software-Landschaft in der Verwaltung. "Die Zahlen der Beitrittsgesuche sprechen für sich," so Schily. Nach Abschluss des Kooperationsvertrages hätten Zahl und Qualität der Software-Migrationen zu Open Source in der Bundesverwaltung stark zugenommen, so Schily weiter.

<http://www.bmi.bund.de>
www.ibm.de

Stichwörter: Bundesregierung, Open Source, IBM

Quelle: www.kommune21.de